



Per Mail

An die
Europäische Kommission
Generaldirektion Justiz und Verbraucher
1049 Brüssel

SG-COURRIER-DE-LA-COMMISSION@ec.europa.eu

HAUSANSCHRIFT

Rue Jacques de Lalaing 8 - 14
1040 Brüssel

INTERNET: www.bruessel-eu.diplo.de

TEL + 32-2-787.1000

FAX + 32-2-787.2000

BEARBEITET VON

MR Dr. Ivo Thiemrodt

TEL-Durchwahl: + 32-2-787-1054

Pol-ju-1-eu@brue.diplo.de

BETREFF **Umsetzung der Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Par-
laments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische
Ermittlungsanordnung in Strafsachen**

HIER **Umsetzung**

BEZUG

ANLAGE BGBl. I 2017 S. 31 ff (Anlage 1),
Umsetzungsbericht (Anlage 2)

GZ Pol 350.82/2 (bitte bei Antwort angeben)

Brüssel, 14. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Anlage 1 zu diesem Schreiben übermittele ich Ihnen gemäß Artikel 36 Absatz 3 der Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (im Folgenden: RL EEA) den Wortlaut der Vorschriften, mit dem die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus der RL EEA ergeben, in das nationale Recht umgesetzt wurden. Die Umsetzung erfolgte durch Ergänzungen und Anpassungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG), siehe den Auszug aus dem Bundesgesetzblatt (BGBl. I 2017 S. 31 ff.). Die Änderungen des IRG treten am 22. Mai 2017 in Kraft. Ein ergänzender Umsetzungsbericht ist als Anlage 2 beigelegt.

Darüber hinaus teile ich Ihnen gemäß Artikel 33 Absatz 1 und 2 sowie gemäß Artikel 34 Absatz 4 der RL EEA folgendes mit:

Zu Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a und b der RL EEA:

1. Anordnungs- und Vollstreckungsbehörden können in der Bundesrepublik Deutschland – je nach der im Einzelfall einschlägigen Zuständigkeitsregelung der Länder – zum einen **sämtliche Justizbehörden** sein, also insbesondere der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, die Staatsanwaltschaften, die Generalstaatsanwaltschaften und die Zentrale Stelle in Ludwigsburg, sowie alle für Strafsachen zuständigen Gerichte.

Zum anderen können Anordnungs- und Vollstreckungsbehörden **auch die Verwaltungsbehörden** sein, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständig sind.

Für Ersuchen, die deutsche Verwaltungsbehörden an einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union richten, ist in Übereinstimmung mit Artikel 2 Buchstabe c der RL EEA vorgesehen, dass eine Bestätigung grundsätzlich durch die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht erfolgen muss, in dessen Bezirk die Verwaltungsbehörde ihren Sitz hat. Die Länder können die Zuständigkeit für die Bestätigung abweichend hiervon einem Gericht zuweisen oder die örtliche Zuständigkeit der bestätigenden Staatsanwaltschaft abweichend regeln (§ 91j Absatz 2 IRG).

Ersuchen von deutschen Finanzbehörden, die ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren nach § 386 Absatz 2 der Abgabenordnung (AO) eigenständig führen, bedürfen keiner Bestätigung durch eine Justizbehörde oder durch ein Gericht. Die Finanzbehörden nehmen in diesem Fall gemäß § 399 Absatz 1 der AO in Verbindung mit § 77 Absatz 1 IRG die Rechte und Pflichten einer Staatsanwaltschaft wahr und handeln somit selbst als justizielle Behörde im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c der RL EEA.

2. Die Bundesrepublik Deutschland lässt für eingehende Ersuchen auf der Grundlage der RL EEA nach deren Artikel 5 Absatz 2 die deutsche Sprache zu.

Zu Artikel 33 Absatz 2 der RL EEA:

Die Bundesrepublik Deutschland verlangt bei Ersuchen um Durchbeförderung inhaftierter Personen aufgrund der Vorgaben des nationalen Rechts grundsätzlich die folgenden Dokumente:

- Das Dokument, das der Freiheitsentziehung im Vollstreckungsstaat zugrunde liegt, da dieses Grundlage der deutschen Haftbefehlsentscheidung ist,
- ein Dokument, das die Anerkennung und Vollstreckung der zeitweiligen Überstellung durch den Vollstreckungsstaat zum Ausdruck bringt, da die Bundesrepublik Deutschland nur im Fall der Anerkennung als Transitmitgliedstaat tätig wird,
- ein Dokument, das die Zustimmung der inhaftierten Person zum Ausdruck bringt, weil diese Zustimmung wesentlich dafür ist, die Durchbeförderung und die damit verbundene Freiheitsentziehung in der Bundesrepublik Deutschland zu rechtfertigen und
- ein Dokument zur Haftzeitberechnung, weil bei Überschreitung der Haftdauer gegebenenfalls eine Freilassung der inhaftierten Person erfolgen müsste.

Zu Artikel 34 Absatz 4 der RL EEA:

Die Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, dass bi- oder multilaterale Übereinkommen, die die polizeiliche Zusammenarbeit oder die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen betreffen, von der RL EEA unberührt bleiben, da der Anwendungsbereich der RL EEA sich auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen beschränkt. Die Bundesrepublik Deutschland geht weiter davon aus, dass Übereinkommen mit den Schengen-assoziierten Staaten unberührt bleiben, weil die RL EEA keinen Schengen-Besitzstand begründet.

Insoweit ist hier mitzuteilen, dass die Bundesrepublik Deutschland – vorbehaltlich der erforderlichen bilateralen Absprachen mit den jeweiligen Vertragspartnern – beabsichtigt, grundsätzlich die folgenden Übereinkommen aus dem Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die die grenzüberschreitende Gewinnung von Beweismitteln betreffen, weiterhin anzuwenden:

- Vertrag vom 24. Oktober 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zu dem Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen
- Vertrag vom 24. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung
- Vertrag vom 30. August 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung
- Vertrag vom 2. März 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten
- Vertrag vom 31. Januar 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung
- Vertrag vom 10. November und 19. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten
- Vertrag vom 31. Mai 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen

- Vertrag vom 17. Juli 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung
- Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Das Umsetzungsgesetz ist bereits anhand der MNE-Datenbank „Mesures Nationales d'Exécution“ elektronisch notifiziert worden (Nummer (2017)50405).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thiemrodt', written in a cursive style.

Dr. Thiemrodt